

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Bundesrates Michael Bernard, Irene Partl
und weiterer Bundesräte

betreffend **Schutzhütten-Initiative: Dringende Erhöhung der Förderung der alpinen Infrastruktur**

eingebraucht im Zuge der Debatte über TOP 4, Bericht des Bundesministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus betreffend EU-Vorhaben 2025 (Jahresvorschau) (III-878-BR/2025 d.B.), in der 977. Sitzung des Bundesrates am 8. Mai 2025.

Die alpine Infrastruktur bildet das Rückgrat des österreichischen Bergtourismus. Wanderwege, Klettersteige und Schutzhütten sind nicht nur essenziell für den alpinen Freizeit- und Erholungstourismus, sondern sichern auch tausende Arbeitsplätze in den Regionen. Trotz ihrer zentralen Bedeutung stehen Schutzhütten und Wanderwege in Österreich jedoch vor einer akuten Finanzierungskrise.

Die Petition „*Notruf aus den Alpen: Gemeinsam Hütten und Wege retten!*“¹ beschreibt die zahlreichen Probleme genau: 272 Schutzhütten und 50.000 km Wanderwege befinden sich in akuter Notlage. Viele dieser Hütten und Wege drohen buchstäblich wegzubrockeln. Drei bis vier Hütten pro Jahr können die alpinen Vereine aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht mehr weiterführen. Einzelne Wege müssen gesperrt oder sogar gänzlich aufgelassen werden. Die Folgen sind gravierend: Ein Verfall der alpinen Infrastruktur bedeutet nicht nur einen massiven Qualitätsverlust für den heimischen Tourismus, sondern auch steigende Sicherheitsrisiken für Wanderer und Bergsteiger.

Der Verband alpiner Vereine schlägt Alarm. Die laufenden Fördermittel des Bundes decken aktuell weniger als 18 Prozent der tatsächlichen Instandhaltungskosten für Schutzhütten und Wege. Während die Baukosten im Tal seit der letzten Förderanpassung 2013 um 42 Prozent gestiegen sind, sind die Kosten im Hochgebirge noch dramatischer angewachsen. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme, Murenabgänge und Hangrutsche haben die Instandhaltungskosten zusätzlich in die Höhe getrieben. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, ausreichend ehrenamtliche Helfer für die Wegesanieierung zu finden.

Vor diesem Hintergrund fordern die alpinen Vereine ein Notfallpaket in Höhe von 95 Millionen Euro, um dringend notwendige Grundsanierungen von exponierten Schutzhütten und Wanderwegen zu finanzieren.² Zudem braucht es eine langfristige Verankerung der alpinen Infrastruktur-Förderung, um eine nachhaltige Finanzierung dieser unverzichtbaren Einrichtungen zu gewährleisten.

Der alpine Raum ist einer der wichtigsten Tourismusmagneten Österreichs. Wandern ist die beliebteste Urlaubsart der Gäste in Österreich und zugleich die am häufigsten ausgeübte Sportart der Bevölkerung. Ohne eine funktionierende alpine Infrastruktur würde nicht nur der alpine Tourismus massiv geschwächt, sondern auch die regionale Wertschöpfung und zahlreiche Arbeitsplätze im Tourismus gefährdet.

¹ <https://notruf-aus-den-alpen.at/>

² <https://vavoe.at/presse-2/pro-huetten-und-wege/>

Angesichts dieser dramatischen Situation ist es unerlässlich, dass die Bundesregierung rasch handelt und eine nachhaltige Lösung für die Sicherung der alpinen Infrastruktur erarbeitet. Insbesondere sollen folgende Punkte in einem Maßnahmenpaket sichergestellt werden:

- Bereitstellung eines Notfallpakets in Höhe von 95 Millionen Euro, um dringend notwendige Grundsanierungen von Schutzhütten und Wanderwegen in Österreich zu finanzieren
- Erhöhung der jährlichen Bundesförderung für die alpine Infrastruktur auf mindestens 3,8 Millionen Euro, um den stark gestiegenen Instandhaltungskosten gerecht zu werden
- Automatische Valorisierung der alpinen Infrastrukturförderung, um künftige Inflationseffekte auszugleichen und Planungssicherheit zu gewährleisten
- Einbindung der Länder, Regionen und alpinen Vereine in die Erarbeitung eines Finanzierungsmodells, das eine gemeinsame Verantwortung für die Instandhaltung der Wege und Hütten sicherstellt
- Bürokratieabbau und administrative Erleichterungen für ehrenamtliche Wegewarte und Hüttenbetreiber, um deren unverzichtbare Arbeit zu erleichtern.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das die notwendigen Grundsanierungen von Schutzhütten und Wanderwegen sowie die Erhöhung der Bundesförderung für die alpine Infrastruktur gewährleistet. Dieses Paket soll insbesondere administrative Erleichterungen für ehrenamtliche Wegewarte und Hüttenbetreiber sowie die umfassende Einbindung der alpinen Vereine in die Ausgestaltung und Umsetzung aller Maßnahmen vorsehen.“


(COBENNER)


(PARTL)


(REPOUST.H)